

HANNS-SEIDEL-STIFTUNG E.V.

BERICHTE AUS DEM AUSLAND
11 / 2008

Politischer Bericht aus den Vereinigten Staaten von Amerika

26. Mai 2008

Daniel Werdung / Ulf Gartzke
Verbindungsstelle Washington



Herausgeber:

**Büro für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau/
Internationale Konferenzen
Verantwortlich: Ludwig Mailinger**

Adresse:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstr. 33
80636 München
Tel.: +89 1258-202 oder -204
Fax: +89 1258-368
E-Mail: mailing@hss.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Public Funding: Öffentliche Wahlkampffinanzierung in den USA

John McCain setzt auf Public Funding

- Die finanziellen Dimensionen des US-Präsidentenwahlkampfes 2008 erreichen bereits jetzt historische Rekordmarken. Politische Beobachter erwarten für dieses Jahr den teuersten Präsidentenwahlkampf in der Geschichte Amerikas. Bis Ende April konnten so John McCain bereits rund 97 Millionen, Hillary Clinton ca. 214 Millionen und Barack Obama ca. 265 Millionen US-Dollar an Wahlkampfspenden für sich verbuchen. Vor dem Hintergrund seiner Vorkämpferrolle im Bereich „campaign finance reform“ sowie seines im Vergleich zu den Demokraten deutlich geringeren Spendenaufkommens hat sich John McCain dazu entschlossen, als erster Präsidentenwahlkandidat seit 1996 öffentliche Mittel („public funding“) für den allgemeinen US-Wahlkampf (nicht die Vorwahlen!) zu beantragen. In früheren Wahlkämpfen sind die verbliebenen republikanischen und demokratischen Kandidaten stets davon ausgegangen, ihre Kampagnen mit den eingehenden Spenden besser finanzieren zu können. Dieses Jahr sieht die Situation für den republikanischen Bewerber McCain hingegen sehr ungünstig aus, nachdem zahlreiche einflussreiche Geldgeber die Wahlchancen der Demokraten deutlich höher bewerten und ihr Spendenverhalten entsprechend anpassen.

Was ist Public Funding?

- Public Funding, die Vergabe von öffentlichen Mitteln an Kandidaten des Präsidentenwahlkampfes, wurde im Jahr 1976 als Reaktion auf den Watergate-Skandal eingeführt, um die Rolle des Geldes und der „special interest“-Lobbygruppen im US-Wahlkampf zu minimieren. Die Kandidaten können die Mittel sowohl während der Vorwahlen als auch während der Hauptwahlkampfphase beantragen, um ihre Kampagnen zu finanzieren. Es stammt aus einem Topf, in den US-Bürger freiwillig drei US-Dollar ihrer Einkommensteuer einzahlen können. Um sich bei der Federal Election Commission (FEC) als geeigneter Public Funding-Kandidat zu qualifizieren, müssen folgende Grundkriterien erfüllt werden:
 - 1) Private Wahlkampfspenden für den Kandidaten dürfen mit der verbindlichen Entscheidung für Public Funding nicht mehr angenommen werden. Sämtliche bereits für den Hauptwahlkampf gesammelten Gelder müssen an die privaten Spender zurückerstattet werden;
 - 2) die Gesamtausgaben für den Hauptwahlkampf sind gedeckelt; 2008 liegt das Limit bei insgesamt 85 Millionen US-Dollar für die jeweiligen Kandidaten der beiden großen Parteien;
 - 3) aus ihrem privaten Vermögen können Kandidaten maximal 50.000 US-Dollar für den Wahlkampf aufwenden;
 - 4) öffentliche Mittel dürfen nur für wahlkampfbezogene Ausgaben verwendet werden;
 - 5) die jeweilige Parteizentrale (Republican National Committee bzw. Democratic National Committee) darf „ihren“ Kandidaten weder direkt im Wahlkampf unterstützen, noch sich mit dessen Wahlkampfberatern abstimmen.
- Diese FEC-Grundkriterien gelten analog auch für die Kandidaten kleinerer Parteien, deren finanzielle Unterstützung sich nach ihrem Stimmenanteil bei der vorangegangenen Präsidentenwahl richtet. Für neu antretende Parteien gilt, dass sie die öffentlichen Mittel erst nach einer Wahl erhalten, sofern ihr Kandidat mehr als fünf Prozent der Wählerstimmen erhalten hat.

Auswirkungen auf den Wahlkampf von John McCain

- Der Hauptvorteil liegt für McCain eindeutig auf der moralischen Seite. Zwar gab es in der Anfangsphase der Vorwahlen auch bei den demokratischen Präsidentschaftskandidaten Überlegungen und Absichtserklärungen, für ihren Hauptwahlkampf nur öffentliche Mittel verwenden zu wollen. Doch angesichts der bisherigen Rekordeinnahmen von Clinton und Obama ist es mehr als unwahrscheinlich, dass beide öffentliche Mittel beantragen. Beschränkt sich John McCain in seinem Wahlkampf auf 85 Millionen US-Dollar und stimmt allen weiteren Regularien der FEC zu, tritt er eindeutig für einen „sauberen Wahlkampf“ ein. Des Weiteren muss John McCain keine zeitaufwendigen Spendenveranstaltungen („fundraising events“) abhalten, sondern kann sich auf den eigentlichen Wahlkampf konzentrieren.
- Allerdings wird sich McCain von einigen Kritikern den Vorwurf gefallen lassen müssen, öffentliche Gelder für seinen Wahlkampf zu verwenden, steht die republikanische Partei doch nach wie vor für eine strenge Steuer- und Fiskalpolitik („small government“). Zudem würde ein vorzeitiger Antrag auf Public Funding McCains Chancen auf großzügige Wahlkampfspenden während des Hauptwahlkampfs zunichte machen und ihn gemäß der FEC-Regularien von jeder direkten Unterstützung durch seine Republikanische Partei ausschließen. Die Republikanische Partei hätte dann nur noch die Möglichkeit, den demokratischen Konkurrenten in Wahlspots etc. mittels Negativ-Werbung zu schwächen
- **„Parallel Public Funding“ als moralische Alternative zu Public Funding?**

Unterdessen nutzt Barack Obama ein neues Modell, um Spenden für seinen Wahlkampf zu sammeln. Er selbst bezeichnet dies als „parallel public funding“. Gemeint ist, dass jeder Wähler relativ einfach über das Internet kleine Geldbeträge für Obamas Wahlkampf spenden kann und so direkten Einfluss auf den weiteren Verlauf der Kampagne ausüben kann. Ein Blick auf die Spenderzahlen macht deutlich, welchen Erfolg Obama mit seinem neuen Modell verzeichnen kann. So liegen rund 45 Prozent seiner gesammelten Spenden unter einem Betrag von 200 US-Dollar. Bei seinen Konkurrenten Clinton und McCain sind es dagegen nur 30 Prozent bzw. 24 Prozent. Entsprechend gegensätzlich verteilt sich die Quote von Großspenden über 2300 US-Dollar am Gesamtaufkommen: Hier führt John McCain mit einem Anteil von 46 Prozent vor der ehemaligen First Lady mit 44 Prozent, während bei Barack Obama lediglich 20 Prozent auf Großspenden entfallen. Diese Zahlen machen deutlich, dass mit Obamas System des „parallel public funding“ das so genannte „große Geld“ aus dem Wahlkampf gedrängt wird und so dem einzelnen Wähler mehr Möglichkeiten der Partizipation eingeräumt werden. In diesen Punkten deckt es sich mit den Hoffnungen, welche einstmals in das System des Public Funding gesetzt wurden.

- Trotz des ähnlichen Charakters unterscheidet sich Public Funding jedoch in zwei zentralen Punkten von Obamas System des „parallel public funding“: Zum einen sieht es keine Höchstgrenze der Ausgaben vor, so dass einer prall gefüllten Wahlkampfkasse weiterhin eine zentrale und (wahl-) entscheidende Bedeutung zukommt; zum anderen können „special interest“-Lobbygruppen indirekt nach wie vor mittels großzügiger Wahlkampfspenden massiven Einfluss auf Kandidaten ausüben. Daher kann „parallel public funding“ nur bedingt als moralische Alternative zu Public Funding gesehen werden.

Airbus vs. Boeing: Neue Tankerflugzeuge für die US-Luftwaffe

- Am 29. Februar 2008 vergab die U.S. Air Force einen Beschaffungsauftrag für 179 Tankflugzeuge an das amerikanische Rüstungsunternehmen Northrop Grumman. Dieser Auftrag hat ein Volumen von 35 Milliarden US-Dollar und ist der erste von insgesamt dreien, welche die Beschaffung von 600 Flugzeugen im Wert von 100 Milliarden US-Dollar über einen Zeitraum von 30 Jahren umfassen. Die bislang von der US-Luftwaffe benutzten Tankflugzeuge KC-10 und KC-135 der Marke Boeing wurden erstmals 1957 bzw. 1981 in Dienst gestellt und sind daher technisch deutlich veraltet. Der Zuschlag des Pentagons an Northrop Grumman ist gleichermaßen bedeutsam und überraschend, wird das Flugzeug doch unter maßgeblicher Beteiligung des europäischen Luft- und Raumfahrtkonzern EADS auf Basis des Airbus A330 entwickelt und gefertigt. Erstmals wurde so der wichtigste und einflussreichste US-Konkurrent Boeing in seinem Heimatland aus dem Feld geschlagen – ein Novum in der amerikanischen Rüstungspolitik.

Vorgeschichte

- Schon im Vorfeld sorgte dieses Beschaffungsprojekt des Pentagons für politischen Wirbel und wurde im Jahr 2004 bereits einmal ausgesetzt, nachdem die Bestechung ranghoher Pentagon-Mitarbeiter durch Boeing ruchbar geworden war, das zum damaligen Zeitpunkt als einziges Unternehmen mit der Luftwaffe in Verhandlungen stand. Federführend bei der Aufdeckung des Korruptionsskandals war der jetzige republikanische Präsidentschaftskandidat Senator John McCain aus Arizona. Im April 2006 nun wurde der Beschaffungsprozess wieder in Gang gesetzt. Diesmal bekam Boeing Konkurrenz durch das transatlantische Konsortium von Northrop Grumman und EADS.
- Ein Jahr später reichten Boeing und Northrop/EADS ihre Angebote für die angeforderten Tankflugzeuge ein – beide mit der Zusage, diese in den USA zu fertigen. Boeing beabsichtigt den Bau seiner Boeing KC-767 an Standorten in Kansas und im Bundesstaat Washington, Northrop/EADS hingegen plant die Fertigung seines Airbus KC-45 in Mobile, Alabama.

Vergabekriterien

- Zu Beginn des Verfahrens postulierte die U.S. Air Force fünf Vergabekriterien: Missionsfähigkeit, Projektrisiko, bisherige Erfüllung von Aufträgen sowie Kosten und Leistungsfähigkeit des Betankungssystems. Northrop/EADS konnte Boeing in vier Bereichen hinter sich lassen. Nur bei der Evaluierung des Projektrisikos vermochte Boeing gleichzuziehen. Besonders die Kriterien Missionsfähigkeit und Kosten waren für das Militär ausschlaggebend. Demnach bietet der KC-45 eine größere Transportkapazität, sowohl für Treibstoff als auch für Material und Truppen, zu einem niedrigeren Preis als das Konkurrenzflugzeug von Boeing.

Heftige Gegenreaktionen

- Der überraschende Zuschlag für Northrop/EADS führte zu heftigen Reaktionen im amerikanischen Kongress. Immerhin brach diese Entscheidung ein fast 50-jähriges Monopol von Boeing bei der Entwicklung und Auslieferung von Flugzeugen für die U.S. Air Force. Besonders heftig waren die parteiübergreifenden Reaktionen bei Kongressabgeordneten aus den Bundesstaaten Washington, Kansas und Kalifornien, wo Boeing eine starke Präsenz aufweist. In einer Sitzung des Appropriations Committee, welches für die Vergabe von Geldern für Rüstungsaufträge zuständig ist, wurde die Entscheidung über die Parteigrenzen hinweg bedauert und kritisiert. Norm Dicks (D-WA) und Todd Tiahrt (R-KS) bezeichneten die Pentagon-Entscheidung unter sicherheitspolitischen und ökonomischen Gesichtspunkten als fatal für die Vereinigten Staaten. Sie werfen Northrop/EADS vor, ihr Tankflugzeug nur auf Grund staatlicher europäischer Subventionen günstiger anbieten zu können als der amerikanische Konkurrent Boeing. Darüber hinaus habe die Air Force während des komplizierten Vergabeverfahrens ihre Kriterien zugunsten von Northrop/EADS abgeändert. Letztendlich sei das Verfahren alles andere als „transparent and fair“ verlaufen, so die harsche Kritik. Auch wirft die

Entscheidung der Air Force Fragen bezüglich des „Buy America Acts“ auf, der bei sämtlichen öffentlichen Aufträgen der heimischen Industrie Vorrang einräumt. Zwar wurden laut US-Luftwaffe alle Abwägungen im Einklang mit den gesetzlichen Vorgaben getroffen, doch lässt die Vergabe des Rüstungsauftrages an ein nicht rein amerikanisches Konsortium die Frage zu, ob der „Buy America Act“ noch zeitgemäß oder den wirtschaftlichen Realitäten der Globalisierung anzupassen ist. So wurde bereits 1996 die im Gesetz definierte „rüstungswirtschaftliche Basis“ um zahlreiche europäische Staaten erweitert und Rüstungsgüter aus Deutschland, Spanien, Großbritannien sowie weiterer EU-Staaten amerikanischen Produkten gleichgestellt.

- Boeing legte kurz nach der Entscheidung des Pentagons Einspruch gegen die Vergabe beim Government Accountability Office (GAO) ein. Das GAO ist der unabhängige „investigative Arm“ des US-Kongresses. Dieses hat nun 100 Tage Zeit, die Vorwürfe zu prüfen und gegebenenfalls eine Neuausschreibung des Rüstungsauftrags zu empfehlen. Die GAO-Empfehlung, welche bis zum 19. Juni 2008 erwartet wird, ist nicht bindend. Doch das Pentagon und zahlreiche, bislang neutrale Demokraten und Republikaner auf dem Capitol Hill haben bereits angekündigt, den GAO-Empfehlungen folgen zu wollen. Folglich ist der GAO-Bericht für den Ausgang des gesamten Vergabeverfahrens Boeing vs. Airbus von richtungweisender Bedeutung.
- Drei Entscheidungsszenarien des GAO sind denkbar: 1) Feststellung, dass Vergabe- und Auswahlverfahren des Pentagons fair und transparent abgelaufen sind; 2) Beanstandung einzelner Bestandteile der Auftragsvergabe; für diesen Fall ist entscheidend, welche Bestandteile des Vergabeprozesses gerügt werden, und es liegt bei der Air Force, darauf zu reagieren. 3) Verurteilung des gesamten Vergabeverfahrens, was zu einer kompletten Neuausschreibung des Auftrages führen könnte. Beobachter und Experten erwarten allerdings, dass dem Einspruch von Boeing nicht stattgegeben und es daher zum Bau der 179 Tankflugzeuge durch Northrop/EADS kommen wird.

Der GAO-Bericht und potentielle Folgen

- Zwischenzeitlich rechnen offenbar beide Rüstungskonzerne mit einer Billigung durch die GAO. So ist darüber in Washington eine regelrechte PR-Schlacht entbrannt. Sowohl Boeing als auch Northrop/EADS haben namhafte PR-Agenturen mit Kampagnen zu ihrer jeweiligen Position beauftragt. Seitengroße Anzeigen in Tageszeitungen werden geschaltet, einflussreiche Think Tanks von Lobbyisten beider Konzerne besucht und Internetseiten mit Informationsmaterialien und Blogs eingerichtet.
- Adressaten dieser PR-Kampagnen sind vor allem jene Kongressabgeordneten, die im Falle einer Abweisung der Boeing-Beschwerde durch die GAO die Gelder für den Rüstungsauftrag letztendlich genehmigen müssen. Hauptargumente von Northrop/EADS sind die geringeren Kosten und die höheren Leistungskapazitäten ihrer Flugzeuge. Dies versucht Boeing mit dem Hinweis zu kontern, dass Northrop/EADS über keine Erfahrung im Bau von Tankflugzeugen verfüge. Überdies sei eine Beschaffung der Boeing KC-767 kostengünstiger, sofern man in die Berechnung die Betriebskosten mit einbeziehe. Bei einer Nutzungsdauer der Maschinen von 40-Jahren (40-year life cycle costs) könne der US-Steuerzahler insgesamt rund 50 Milliarden Dollar einsparen (KC-767: 212 Milliarden Dollar vs. KC-45: 261 Milliarden Dollar), so Boeing.
- Aktuell läuft die Prüfungsfrist für die GAO, und zahlreiche einflussreiche Kongressabgeordnete warten diese Entscheidung ab, bevor sie endgültig Stellung zu diesem politisch sehr kontroversen Thema beziehen. Unabhängig von GAO-Entscheidung und Reaktion durch den Kongress illustriert die Kontroverse zwei Dinge: Zum einen hat sich die US-Luft- und Raumfahrtindustrie stärker globalisiert bzw. internationalisiert; zum anderen öffnet sich der US-Rüstungsmarkt zunehmend auch für europäische (d.h. v.a. nicht-britische) Unternehmen, nachdem er diesen jahrzehntelang nahezu gänzlichst verschlossen war.

Daniel Werdung ist z.Z. Research Fellow der Verbindungsstelle Washington der Hanns-Seidel-Stiftung.

Ulf Gartzke ist Leiter der Verbindungsstelle Washington der Hanns-Seidel-Stiftung.